

Grundeinkommen für Landwirt:innen?

Stimmungsbarometer auf britischen Höfen auf dem Tiefpunkt – Zeit für ungewöhnliche Lösungsideen

GB-Importkontrollen – teuer und langsam

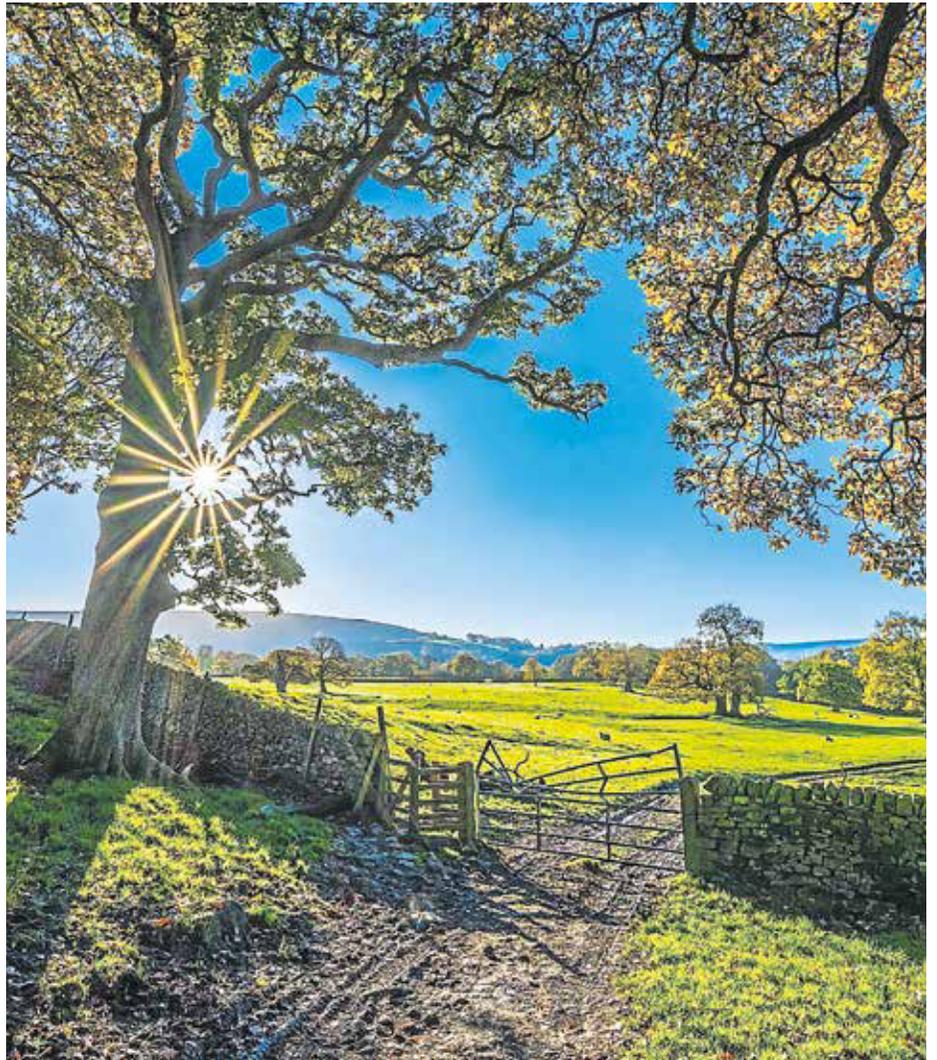
Die britische Finanzaufsichtsbehörde hat errechnet, dass die zusätzlichen Kontrollen bei Fleisch- und Milchprodukten sowie Pflanzen, Saatgut und Schnittblumen aus der EU britische Firmen jährlich zusätzlich 470 Millionen Pfund kosten und zu Preissteigerungen führen werden. Seit Beginn der – zuvor bereits fünfmal verschoben – Kontrollen am 1. Mai haben Ausfälle des IT-Systems an den Grenzstationen mehrfach zu Verzögerungen von bis zu 20 Stunden geführt. Seither werden die meisten Transporte einfach durchgewunken. Bei LKW mit gemischter Ladung werden nach dem Zufallsprinzip einzelne Paletten für Stichprobenkontrollen ausgewählt. Je nachdem, wo im LKW sie sich befinden, muss manchmal das gesamte Fahrzeug entladen werden. Von Seiten des Landwirtschaftsministeriums gibt es außerdem weiterhin keine klare Definition, was unter „einer Lieferung“ zu verstehen ist und welche Gebühren demzufolge fällig werden. Lieferfirmen gehen von bis zu 60 Prozent höheren Kosten aus, pro LKW fielen Gebühren zwischen 300 und 2.000 Pfund an. Mittelfristig müssten kleine Betriebe und Läden wie beispielsweise die zahlreichen unabhängigen polnischen Supermärkte um ihre Existenz fürchten.

ml

Seit 2010 befragt der britische Bauernverband NFU seine Mitglieder nach ihren Erwartungen für ihre Betriebe. Das Ergebnis der jüngsten Umfrage wurde im Mai veröffentlicht und die LandwirtInnen sind sich einig: Noch nie war der Stand der Dinge so schlecht wie jetzt. 65 Prozent der Befragten gaben an, dass ihr Betrieb weniger profitabel oder nicht überlebensfähig sei. In den letzten fünf Jahren gab es in England 7.000 Hofaufgaben, das entspricht sieben Prozent der Betriebe. Seit dem Brexit werden die Subventionszahlungen, die für viele Betriebe in Randlagen einen Großteil des Einkommens ausmachten, sukzessive reduziert und nur teilweise durch das Nachhaltigkeitsprogramm SFI ersetzt. Für 86 Prozent der Befragten hat das negative Auswirkungen, vergleichbar nur mit dem katastrophalen Wetter – die letzten 18 Monate waren die nassesten seit Beginn der Aufzeichnungen. Laut Farmers Weekly, einer Landwirtschaftszeitung, haben LandwirtInnen wegen der verschlammten und teilweise weiter unter Wasser stehenden Äcker den Versuch, etwas zu pflanzen, völlig aufgegeben. Die Flächenstilllegungsprämie im Nachhaltigkeitsprogramm SFI ist aufgrund der Witterungsverhältnisse finanziell so attraktiv geworden, dass die Regierung nachträglich die förderfähige Fläche auf 25 Prozent begrenzt hat. Das Vertrauen darauf, dass Landwirtschaft in Großbritannien eine Zukunft habe, sei völlig weggebrochen, sagte Bauernverbandspräsident Tom Bradshaw. „Unsere Befürchtung ist, dass mit diesem Vertrauensverlust auf Seiten der Landwirte die Lebensmittelsicherheit für unser Land nicht mehr sichergestellt werden kann.“

Garantiertes Grundeinkommen?

In dieser Situation hat die Lobbygruppe BI4Farmers (Basic Income for Farmers) einen radikalen Vorschlag gemacht: ein garantiertes Grundeinkommen für LandwirtInnen. In einem 60-seitigen Bericht, der Ende April vorgelegt wurde und auf der intensiven Befragung einer kleinen Gruppe von LandwirtInnen beruht, legen die Initiatoren dar, was mit einem solchen garantierten Einkommen erreicht werden könnte: Die Empfänger würden zunächst Schulden abtragen und einen Teil des Geldes für laufende Kosten wie Miete oder Pacht einsetzen. Mittelfristig würden die meisten in die Wartung und Erhaltung von Maschinen, Werkzeugen und Gebäuden investieren. Ebenfalls auf der Liste stehen das Rekrutieren von zusätzlichen Arbeitskräften, Investitionen für eine bessere



Grundeinkommen – ein Lichtblick z.B. für Farmer in Yorkshire?

Foto: TimHill/pixabay

Wertschöpfung z. B. durch Direktverkauf und Fortbildung. „Ein Grundeinkommen für Landwirte in Großbritannien birgt erhebliches Potenzial zur Bewältigung der wichtigsten Herausforderungen im Agrarsektor. Durch die Schaffung wirtschaftlicher Stabilisierung, Verbesserung der Ernährungssicherheit, Förderung von Junglandwirten und nachhaltigen Praktiken könnte es zu einem florierenden, widerstandsfähigen und nachhaltigen Lebensmittel- und Landwirtschaftssystem beitragen“, heißt es im Bericht. Die Idee entwickelt hat Jo Poulton. Während der Pandemie sei sie zum Schluss gekommen, dass der Anbau und die Produktion von Lebensmitteln das Wichtigste sei, was man im Leben tun könne. Sie kündigte ihren Medienjob, machte einen 30-Wochen-Kurs für Gemüsebau und arbeitet inzwischen als Farmarbeiterin.

Ein langer Weg

Das Grundeinkommen solle nicht an Bedingungen geknüpft sein und an LandwirtInnen sowie Beschäftigte in Landwirtschaft und Nahrungsmittelverarbeitung gezahlt werden. Derzeit halte man eine

Summe von etwa 1.000 Pfund (ca. 1.160 Euro) pro Monat für notwendig, sagt Poulton. Dies seien jedoch nur Denksätze. Jetzt gehe es darum, die Finanzierung einer ein- bis zweijährigen Recherchephase zu sichern, in der LandwirtInnen in eintägigen Workshops zusammen mit Experten und Ökonomen erarbeiten, was an wen gezahlt werden sollte, wie das Grundeinkommen finanziert werden kann, und welche Form der Administration notwendig wäre. Das sei die Grundlage, um ein entsprechendes Strategiepapier zu erstellen, gefolgt von einer Machbarkeitsstudie, über die die Parameter für ein Pilotprojekt definiert werden können. Und natürlich müsste die Finanzierung aller Projektphasen gesichert werden. Die Idee für ein garantiertes Grundeinkommen für LandwirtInnen kommt definitiv zur rechten Zeit. Ob sie sich realisieren lässt, ist die Frage, die Poulton und ihre Mitstreiter zu klären versuchen, aber selbst bis zu einem ersten, eng umschriebenen Pilotprojekt ist es noch ein weiter Weg.

Marianne Landzettel,
freie Journalistin